

Bündnis 90 / Die Grünen
Mitglied im Rat der Stadt Buxtehude-
Fraktionsvorsitzender
Michael Lemke – Westfleth 59
21614 Buxtehude

Hansestadt Buxtehude
Bürgermeisterin
Katja Oldenburg-Schmidt
Bahnhofstrasse 7

21614 Buxtehude

Buxtehude, den 28.10.2020

Antrag: Entwicklung einer Personalstrategie zur Erhöhung des Personalanteils von Menschen mit Migrationshintergrund

Sehr geehrte Frau Oldenburg-Schmidt,

ich bitte Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Inneren Ausschusses am 9. November 2020 zu setzen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt, dass die Stadtverwaltung eine Personalstrategie entwickelt, die beinhaltet in den nächsten Jahren den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil zu erhöhen. Das dazu gewählte Verfahren kann sich an dem Vorgehen im Rahmen der Verwirklichung der Gleichberechtigung und dem bei der Einstellung von Schwerbehinderten anlehnen: Bei gleicher Eignung wäre der/die Bewerber*in mit Migrationshintergrund so lange zu bevorzugen, bis der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund bei der Hansestadt Buxtehude, dem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Dieses Verfahren ist erstmalig auf einen Zeitraum von 3 Jahren begrenzen, um Erfahrungen zu sammeln und zwischenzeitlich den Anteil der Beschäftigten zu erhöhen. Sollte die Maßnahme dann nur einen begrenzten Erfolg aufweisen, könnte das Verfahren verlängert werden.

Begründung:

Seit den 60er Jahren hat Deutschland sich zunehmend zu einem Einwanderungsland entwickelt. Im Jahr 2019 hatten 21,2 Millionen Menschen und somit 26,0 % der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund. Knapp zwei Drittel (65 %) aller Personen mit Migrationshintergrund sind aus einem anderen europäischen Land eingewanderte bzw. ihre Nachkommen. 52% der Menschen mit Migrationshintergrund sind deutsche Staatsbürger*innen. Eine Person hat nach der hier verwendeten Definition einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde (Angaben Statistisches Bundesamt, Juli 2020).

Laut Antwort 2020/180-1 auf unsere Anfrage haben in der Stadtverwaltung geschätzt 69 Personen (10,9 %) von 635 Beschäftigten einen Migrationshintergrund. Legt man den Bundesdurchschnitt zugrunde, ergibt sich ein Delta von ca. 15 %.

Wir halten es für an der Zeit, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte auch in der Personalpolitik der öffentlichen Verwaltung niederschlägt und ein konkreter Schritt in Richtung Teilhabe vollzogen wird. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass die künftige Einstellungspolitik sich auf Ausschreibungen für alle Gehaltsgruppen bezieht.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90 / Die Grünen

Michael Lemke

